

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 45.

Charlottenburg, Freitag, den 5. November 1920.

Jahrg. 47.

Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte.

Die Frage, ob die Betriebsräte in einer besonderen Organisation, losgelöst von den Gewerkschaften, oder in Verbindung mit den Gewerkschaften organisatorisch zusammengefaßt werden müssen, war bekanntlich der Brennpunkt des 1. Betriebsrätekongresses. Die Anhänger der ersteren Auffassung, die in der Hauptsache im kommunistischen Lager zu suchen sind, beabsichtigten, die Betriebsräte zu Organen der politischen Bewegung, zu politischen Arbeiterräten, zu machen. Auf dem Kongreß ist die kommunistische Richtung ebenfalls zum Wort gekommen, indem zwei Korreferenten aus ihrem Lager, Brandler und Müller, ihre Anschauungen vortragen konnten. Es erscheint uns notwendig und zweckmäßig, unseren Mitgliedern und in erster Linie den Betriebsratsmitgliedern die auf dem Kongreß gehaltenen Referate und Korreferate hierzu zur Kenntnis zu bringen.

Der erste Referent, D i s m a n n, führte ungefähr folgendes aus:

Als Sozialisten haben wir heute nicht nur Propaganda zu entfalten, sondern wir befinden uns im akuten Stadium der Revolution, und unsere Aufgabe ist es, den Sozialismus zu verwirklichen. Heute haben wir erneut die Frage zu stellen: Ist die Arbeiterklasse reif zum Sozialismus? Wir kommen nicht zum Sozialismus durch rohe Gewalt allein, sondern nur, wenn der Erlangung der Macht auch eine Veredelung des Geistes auf dem Fuße folgt. Der Redner wandte sich zu den Vorwürfen gegen die Gewerkschaften und fragte: Wie wäre die Lage der Arbeiter, wenn die Gewerkschaften nicht gewesen wären? Die Massen aufputschen laßt der Dummste jeden Tag. Mit aufgeputschten Massen werden wir nimmermehr ein anderes Wirtschaftsgebäude zimmern können.

Mit beredten Worten schilderte Dismann das Elend der Arbeitslosen und forderte den Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Ferner hob er die Einigkeit des Bürgertums hervor, wenn es sich um Forderungen handelt, die gegen den Kapitalismus gerichtet sind. Zur Freude der Gegner schlägt das Proletariat sich untereinander die Köpfe entzwei. Es wäre der schönste Erfolg, wenn der Kongreß sich einig zeigt. Der Redner warnte dann vor der trügerischen Hoffnung, daß das ausländische Proletariat eine Erleichterung des Friedensvertrages von Versailles und des Abkommens von Spa herbeiführen könne. Wir können aber vom englischen Proletariat insofern lernen, daß man dort nicht planlos aufputscht, sondern planvoll an der Erreichung seines Zieles arbeitet.

Dismann wandte sich sodann zur Frage der Zusammenfassung aller Betriebsräte und fragte: Haben wir denn umsonst jahrzehntelange Kämpfe hinter uns? Girsch-Dundersche, Christliche und Gelbe sind für uns ebensowenig Arbeitervertreter wie die Unionisten und Syndikalisten, die sich revolutionär nennen, aber konterrevolutionär handeln. (Lebhafte Zustimmung.)

Wie hat der Betriebsrat an seine Aufgabe heranzutreten? Betrachtet Euch dem Unternehmer gegenüber nicht als Bittsteller, sondern Ihr habt zu fordern. Ich rate Euch aber weiter: Haltet Eure Leute im Zügel. Ihr habt dafür zu sorgen, daß Ihr beim Arbeitgeber Achtung und Respekt bekommt. Das bekommt man nicht, wenn man den Mund bis an die Ohren aufreißt, sondern wenn man seine Forderungen ernst und sachlich begründet. Die Unternehmer müssen den Betriebsräten die nötigen Einrichtungen gewähren. Die Betriebsräte müssen auch während der Arbeitszeit Sprechstunden abhalten können. Die Unternehmer und mit

ihnen die Rechtsprechung sind bestrebt, den Betriebsräten ihre Rechte zu verkümmern. Das Unternehmertum sammelt auf der ganzen Linie Material gegen die Betriebsräte. Demgegenüber sollen die Betriebsräte genaue Rechnung über ihre Ausgaben führen. Wenn sie an die Schlichtungsausschüsse und die Gewerbeinspektoren gehen, sollen sie vorher jeden Fall darauf ansehen, ob er hieb- und stichfest ist. Wenn Ihr aber Eure Aufgabe gewissenhaft erfüllt, seid Ihr in kurzer Zeit als Betriebsratsbonzen viel mehr verschrien als wir Gewerkschaftsbonzen. Wir wollen, daß der Rätegedanke sich gesund entwickelt zu einem kraftstrotzenden Gesellen. Das kann aber nur dann geschehen, wenn der Unterboden ein gesunder ist.

Redner warnte vor den Bestrebungen der Unternehmer, Betriebsratsmitglieder zu korrumpieren. Es gehört auch nicht zu den Aufgaben der Betriebsräte, Lebensmittel zu vertreiben. Zunächst soll der einzelne Arbeiter selber versuchen, beim Unternehmer sein Recht zu bekommen. Auch von den Betriebsräten reißt mancher den Mund weit auf, und wenn er beim Unternehmer seinen Mut beweisen soll, dann kneift er. (Zustimmung. Geisterlichkeit.)

Dismann gab dann noch weitere Anweisungen zur Wahrung der Rechte der Betriebsräte und wandte sich dann zu deren revolutionären Aufgaben. Was heißt revolutionär? Revolutionär sein heißt nicht: alles zerschlagen. Das kann einer, der gar nicht revolutionär ist. Revolutionär sein heißt: ein anderes planvolles Wirtschaftsgebäude aufzuführen. Ohne politische Macht können wir dies jedoch nicht. Eins mit dem anderen. Redner schilderte den Unterschied zwischen Wirtschaftsräten und politischen Räten und wandte sich gegen den Ruf: „Wählt politische Arbeiterräte!“ Riet Euch hinein in das Wirtschaftsleben, denn darin liegt die Rettung und die Möglichkeit, daß wir nachher gesunde Arbeit leisten können! Das Wirtschaftsleben ist ein feingefügtes Gebäude mit Näbchen auf Näbchen, wie ein Uhrwerk. Wir können nicht ein Näbchen herauslösen, ohne daß das ganze Uhrwerk stehen bleibt. Wir haben jetzt schon Vorsorge zu treffen, daß die Landarbeiter uns in planmäßiger Arbeit helfen. Jedes Handwerk will gelernt sein; so geht es auch uns. Habt Ihr nicht die Kohlenarbeiter, dann könnt Ihr mit dem Umstellungsprozeß einpaden.

Ich freue mich, daß wir in der Asa heute 900 000 Kopfarbeiter organisiert haben. Die Asa hat mit der Organisation und der geistigen Umstellung der Kopfarbeiter mehr revolutionäre Arbeit geleistet als mancher, der mit revolutionären Reden den Mund aufgerissen hat bis an die Ohren.

Wen habt Ihr beim Kampfe des Tages hinter Euch? An wen wollt Ihr Euch halten? An denselben, aus denen Ihr hervorgegangen seid! Bleibt auf dem Mutterboden der Gewerkschaften!

Man führt gegen uns die Arbeitsgemeinschaften an. Redner bekannte sich als deren Gegner, meinte aber, daß diese Frage in den Gewerkschaften selbst zu lösen ist. Den als schwarzen Mann geschilderten Genossen Karl Legien werdet Ihr durch Schimpfen nicht überzeugen können, sondern nur, wenn Ihr sachlich für Eure Ueberzeugung eintretet. Es wird zwar gesagt: Wir wollen auch nicht die Gewerkschaften zerstören, sondern selbständige Organisationen der Betriebsräte und mit den Gewerkschaften gemeinsam arbeiten. Es ist aber unmöglich, in einem großen Körper zwei selbständige Organisationen zu haben. Wir haben nur eine Unterordnung, und das ist die unter die gesamten Mitglieder.

Den Gewerkschaften werden in der Zukunft noch weitere Aufgaben erwachsen. Wir können hier die Kampfmethoden im einzelnen noch nicht festlegen, auch nicht fortgesetzt den General-

streik als Mittel betrachten. Im Augenblick würde ein Generalstreik den Unternehmern sehr gelegen kommen.

Redner wandte sich dann gegen den Streit unter den politischen Parteien des Proletariats und in der politischen Arbeiterpresse. Wir haben es satt, uns den proletarischen Befreiungskampf vergiften zu lassen. Die gewerkschaftliche Einheitsfront soll man uns nicht zertrümmern. Unter Gelben verstehen wir organisierte Streikbrecher. Wenn man uns als Gelbe bezeichnet, so sagen wir: Euer Schimpf und Schmutz reicht nicht an unsere Stiefelsohlen heran. Dörmann wandte sich dann gegen die Behauptung, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gelb sei. Nicht zerreißen, sondern zusammenschweißen ist unsere Aufgabe! Ich stehe zusammen mit denen, mit denen ich verbunden bin jahrzehntelang.

Die Produktionskontrolle durchführen heißt den revolutionären Kampf. Die Arbeitgeber geben sie Euch freiwillig nicht. Es heißt sich auf diesen Kampf einzustellen. Bekommt Ihr sie nicht ganz, dann kniet Euch hinein Stück für Stück! Der Kampfboden kann nur ein revolutionärer sein. Der Redner schloß mit einem warmen Aufruf zur Einigkeit.

Der 2. Referent, Körpel, schilderte die Entstehung des Betriebsrätegesetzes, das den Forderungen der Arbeiter nicht entspricht. Obendrein werden die wenigen Rechte, die das Gesetz den Arbeitern gewährt, von den Unternehmern planmäßig sabotiert. Körpel wies auf seine dem Kongreß vorgelegte erste Resolution hin, die eine Novelle zum Betriebsrätegesetz fordert. Ein Gesetzentwurf über die Bilanzsicht liegt bereits vor. Die Unternehmer haben einen Gegenentwurf eingereicht und diese Gelegenheit benutzt, um die Rechte der Betriebsräte wiederum zu beschneiden. Der Redner ging dann noch auf eine Reihe von Einzelforderungen ein, die an die neuen Gesetzentwürfe zu stellen sind und verwies sodann auf das unsolidarische Verhalten der Harmonieverbände von Angestellten beim Kampfe im Berliner Zeitungsgewerbe. Mit solchen können wir nicht zusammenarbeiten. Die Angestellten wollen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und mit jeder Gewerkschaft Hand in Hand arbeiten, aber nicht mit einer Betriebsrätezentrale, die uns in eine Richtung mit den Harmonieverbänden bringen will.

Der Redner ging sodann auf die einzelnen Anträge ein. Es wird die Aufgabe des neu zu wählenden Beirates sein, sich mit ihnen zu befassen. Ferner befürwortete er ebenfalls die Konzentration der Betriebsräte in den Gewerkschaften. Die Kapitalisten sind sich darüber im Klaren, welche Macht die Betriebsräte in Händen haben, wenn die Gewerkschaften hinter ihnen stehen. Wenn Arbeiter und Angestellte zusammengehen, werden wir unser Ziel erreichen.

Der von der Opposition bestellte erste Korreferent Brandler warf Dörmann vor, daß er zu allgemein über die Aufgaben der Betriebsräte gesprochen habe. Er wolle mehr über die Aufgaben sprechen. Man kann jedoch nicht sagen, daß er etwas wesentlich Neues über diese Aufgaben vorgebracht hätte. Der Abneigung gegenüber, mit Betriebsräten aus anderen Organisationen in einer Zentrale zusammenzuarbeiten, wies er darauf hin, daß auch die Mitglieder der Gewerkschaften nicht alle die gleiche Weltanschauung haben. Sie hätten Mitglieder von allen bürgerlichen Schattierungen bis zu den Konservativen. (Lachen.) Von Bissell bis Brolat wurde die Ansicht vertreten, daß es möglich sei, mit Hilfe legaler Mittel aus dem Zusammenbrüche herauszukommen. Wir sind allerdings der Meinung, daß auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft ein Herauskommen aus dem Zusammenbruch ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die Wortführer dieses Kongresses glauben, daß die bisherigen Methoden des Klassenkampfes genügen. Wir sind allerdings der Meinung, daß auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft ein Herauskommen aus dem Zusammenbruch ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die Wortführer dieses Kongresses glauben, daß die bisherigen Methoden des Klassenkampfes genügen. Wir sind der Meinung, daß die Methoden des Klassenkampfes der Vorkriegszeit historisch überholt sind und ersetzt werden müssen durch Methoden, die den Bedingungen des heutigen Klassenkampfes entsprechen. Das wird nicht verursacht von einer Isolation, sondern das ist das Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses, eine Folge der Umänderungen in der Wirtschaft.

Wir haben uns heute noch nicht in der Arbeiterbewegung durchgesetzt; es hat das hindert uns nicht, weiterzuarbeiten. Nicht nur die Wirtschaft hat sich geändert, sondern auch die Menschen. Die Menschen sind heute noch unzulänglich. Sie müssen sich so wandeln, daß sie den neuen Aufgaben gewachsen sind.

Wir hatten die von Bissell usw. vorgebrachten Anschauungen für Genümmungen, für den größten gegenrevolutionären Faktor. Deswegen dieser Gegensatz. Ich ersuche Euch dringend, sich nicht am Traum und Traum zu stoßen, sondern vorzubringen auf den Kern des Problems, denn wir leiden alle unter der Not. Man

nennt uns Romantiker. Es gibt aber auch Wirklichkeitsromantiker. Die sehe ich in den Wortführern des Gewerkschaftsbundes und der Afa.

Wenn Ihr Euch auf den Boden des Gesetzes stellt, seid Ihr betäubt oder unbewußt Werkzeuge der Konterrevolution. Ihr müßt Euch darüber klar werden, daß der von uns gezeigte Weg vorübergehend in noch größeres Chaos führt; dann bringt er uns aber auch wieder heraus.

Die Bonzen unter den Christlichen und unter den Gelben werden nicht zu uns kommen. Wenn sie kämen, würden wir sie hinauswerfen. Es gibt aber christliche Arbeiter, die mit uns zusammen kämpfen wollen.

Der zweite Korreferent, Richard Müller, widersprach der Behauptung, daß die Anhänger der selbständigen Betriebsrätezentrale die Gewerkschaften zerschlagen oder die Betriebsräte über die Gewerkschaften stellen wollen. Glauben Sie, daß die Gewerkschaften allein den Befreiungskampf des Proletariats führen können? Das wird keiner behaupten wollen. Wir müssen versuchen, alle Arbeiter, ob sie gelb, blau oder schwarz organisiert sind, in den Kampf hineinzuführen. Wir haben deshalb auch die Pflicht, sämtliche Betriebsräte zusammenzuziehen. Wie war es denn, wenn Ihr früher einen Lohnkampf vorbereitet habt? Seid Ihr nicht vorher an die Unorganisierten, an die Christlichen, an die Sirsche, an die Gelben herangetreten? (Unruhe und Zwischenrufe.) Es handelt sich auch nicht um das Heranziehen ihrer Organisationen, auch nicht ihrer Führer. Was wir haben wollen, sind die Arbeiter, die in dieser Organisation stehen, und ihre Betriebsräte. Man weist es ab, mit den Arbeitern etwas zu tun haben zu wollen; aber mit den Führern sieht man an einem Tische.

Auch Rautsky hat sich für selbständige Räteorganisation ausgesprochen. Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes im vorigen Jahre sprach aus, daß wir neben den Gewerkschaften andere Organisationen errichten müssen, die alle Hand- und Kopfarbeiter umfassen. Diese Richtlinien stehen im Gegensatz zu den Richtlinien, die auf dem zehnten Gewerkschaftskongreß angenommen wurden. Der Redner las noch einige Bemerkungen aus dem „Korrespondenzblatt“ darüber vor und bemerkte dazu: Das ist der Geist der Arbeitsgemeinschaft, der Tarifpolitik, die als Mittel verflündet wird.

Die Gewerkschaften sind zu bürokratisch. Die Betriebsräte sollen in diesen starren Apparat hineingezwängt werden. Müller suchte dies an der Hand einzelner Bestimmungen in den Richtlinien für freigewerkschaftliche Betriebsrätezentralen und im dem Entwurf über die Funktionen des Beirates der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale Deutschlands nachzuweisen.

Wir wollen den Gewerkschaften ihre Betriebsräte nicht streitig machen, denn die Betriebsräte sind ja zumeist die Vertrauensleute der Gewerkschaften. Ja, wir wollen sie dabei unterstützen, wollen aber darüber hinaus die Erfassung aller Betriebsräte. Diese selbständige Betriebsräteorganisation muß beweglich sein. Sie kann auf dem einen Wirtschaftsgebiet nicht so ausgebaut sein wie auf dem anderen. Sie muß sich den Kampfbedingungen anpassen. Es handelt sich nicht darum, eine Konkurrenzorganisation zu schaffen. Die Verbindung mit den Gewerkschaften soll und muß sehr eng sein. Wenn die Gewerkschaften allein imstande wären, diesen Kampf zu führen, dann hätten sie ihn längst führen müssen. Diesen Kampf können die Gewerkschaften allein nicht führen. Dieser Kampf muß von der Gesamtarbeiterschaft geführt werden.

Müller wies sodann darauf hin, daß die Arbeitslosen von gewissenlosen Elementen aufgereizt werden. Auch da entstehen Aufgaben, die die Gewerkschaften allein nicht lösen können, sondern die die Gesamtarbeiterschaft lösen muß. Unserem Einfluß ist es zu verdanken, wenn diese Putzsch nicht zum Austrag kamen.

Durch unsere Organisation ist auch die Umformung der Gewerkschaften leichter zu gewährleisten. Wir versuchen die Gewerkschaften zu revolutionieren und in Verbände aller Hand- und Kopfarbeiter umzuformen. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte werden sich im Laufe der Zeit zu einem einheitlichen Organismus zusammenschmelzen müssen. Wir müssen die Grundlage dazu legen.

Nachstehend fügen wir auch die Schlusssätze der beiden Referenten an.

Brandler betonte in seinem Schlusssatz von neuem, seine Gefinnungsgegnossen hätten nicht die Absicht, die Gewerkschaften zu zerstören. Wer das Gegenteil behauptet, der lüge. Die Zusammenschließung der Betriebsräte neben den Gewerkschaften bedeute keine Zerstörung, sondern eine Teilung der Arbeit. Der Redner empfahl die Anträge von Mitgliedern der U. S. P. und der A. P. D. auf Schaffung einer Zentrale von 30 Mitgliedern und je 5 Mitgliedern der Afa und des A. D. G.-B. Nach dem Entwurf des Gewerkschaftsbundes und der Afa sollen die Betriebsräte be-

vormundet werden. Die Gewerkschaften sind Konterrevolutionär; sie haben uns in den Sumpf geführt, in dem wir uns jetzt befinden. Es wird ja nicht schaden, wenn die von den Referenten vorge schlagenen Resolutionen angenommen werden, aber bildet Euch nicht ein, damit etwas für die Interessen der Arbeiter getan zu haben.

D i s m a n n: Genosse Brandler sagte: Uns trennt eine Weltanschauung. Er hat sich einen Popanz zurechtgemacht und darauf losgeprügelt. In der Beurteilung der gegenwärtigen Sachlage trennt uns eine Weltanschauung. Wenn Drolat, Körpel und ich gemeinsam für die Zusammenfassung der Betriebsräte eintreten, so stehen wir politisch doch nicht auf demselben Standpunkt. Wenn wir auf einen gemeinsamen Kampfboden kommen wollen, so dürfen wir den Andersdenkenden nicht beschimpfen, sondern müssen ihn durch sachliche Argumente zu überzeugen suchen. Bei der praktischen Arbeit wird sich zeigen, wer der wirkliche Revolutionär ist. Brandler vertrat seine Anträge als Anträge der U. S. P. und der R. P. D. Wir von der U. S. P. lehnen es ab, uns mit denen zu identifizieren, die hinter Brandler stehen.

Die Kernfrage ist: Selbständige Betriebsrätezentrale oder Zusammengehen mit den Gewerkschaften? Von Moskau wird verlangt, daß wir die internationale Gewerkschaftszentrale zerschlagen. Es ist eine böswillige Verleumdung, die Amsterdamer Gewerkschaftszentrale als gelb zu verdächtigen. Wir halten an der Amsterdamer Internationale fest. (Starker Beifall.) Wir, die wir als Gelbe bezeichnet werden, haben in einer Berliner Fabrik die Herstellung von Waffen verweigert; die nicht bei uns organisierten Revolutionären haben dabei aber nicht mitgemacht.

Die hier vertretenen Betriebsräte können nicht anders entscheiden als für die Zusammenarbeit mit ihren alten Kampforganisationen. Gelingt es uns, die Gewerkschaften mit den Betriebsräten auf einem gemeinsamen Kampfboden zu vereinen, so ist die Zukunft unser.

Wie die bereits in Nr. 43 der „Ameise“ veröffentlichten Beschlüsse erweisen, hat sich der Betriebsrätekongreß in seiner erdrückenden Mehrheit gegen die von Brandler und Müller und für die von Dismann, Körpel, Drolat vertretene Auffassung ausgesprochen.

Ueber die Zusammenarbeit der Hand- und Kopfarbeiter nahm der Kongreß der Betriebsräte Deutschlands eine vom Genossen Körpel eingebrachte Resolution einstimmig an, die die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands auffordert, mit den freigewerkschaftlich organisierten Angestellten zusammenzuarbeiten. Wir tragen hiermit ihren Wortlaut nach. Sie lautet:

„Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands begrüßt den Aufruf der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände „Angestellte vor die Front“, in welchem die Angestellten aufgefordert werden, den Betriebsräten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bei der Kontrolle der Produktion zur Seite zu stehen. Um aus dem Chaos der Wirtschaft herauszukommen, ist die tatkräftigste Mitarbeit der Angestellten dringende Voraussetzung, da die Zusammenhänge der Wirtschaftsführung infolge der Funktionen der Angestellten nur diesen bekannt werden. Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands erwartet daher von allen freigewerkschaftlichen Arbeitern, daß sie mit den freigewerkschaftlichen Angestellten die engste Zusammenarbeit aufnehmen. Weiterhin liegt es im dringenden Interesse aller Arbeitnehmer, daß insbesondere auch die freigewerkschaftlichen Arbeiter überall da, wo Angestellte noch in Verkennung ihrer Klassenlage den Harmonieverbänden angehören, diese durch Aufklärung in die Reihen der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände überführen, damit allenthalben die Möglichkeit geschaffen ist, daß die auf dem Boden einer gleichen Weltanschauung stehenden Arbeiter und Angestellten die Ueberführung der Wirtschaft in den Besitz der Allgemeinheit, d. h. die Durchführung des Sozialismus in die Tat umsetzen können.“

Direktor Albert Thomas über Ausbau und Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes.

Am 18. Oktober fand im Sitzungssaale des ehemaligen preußischen Herrenhauses eine Zusammenkunft statt, in der Direktor Albert Thomas vom Internationalen Arbeitsamt über Aufbau und Aufgaben dieser Behörde sprach. Anwesend waren etwa 200 Personen, die sich zusammensetzten aus Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Gewerkschaftsvorstände, die in Berlin ihren Sitz haben, ferner Vertreter der Girsch-Dunderischen Gewerksvereine und der christlichen Verbände. Außerdem waren noch anwesend Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, die besonders mit dem Internationalen Arbeitsamt zu tun haben.

Genosse Legien eröffnete die Zusammenkunft mit einigen einleitenden Worten, worin er unter anderem darauf hinwies, daß Deutschland dem Völkerbunde nicht angehöre, wohl aber im Internationalen Arbeitsamt vertreten sei. Dies letztere verdanken wir dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam, der auf der internationalen Konferenz in Washington ein darauf bezügliches Verlangen stellte. Redner schilderte sodann die Zusammensetzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes und hob noch hervor, daß in einer der letzten Sitzungen des Verwaltungsrates beschlossen worden sei, die Drucksachen des Internationalen Arbeitsamtes neben englischer und französischer Sprache nunmehr auch in der deutschen Sprache erscheinen zu lassen.

Direktor Albert Thomas entschuldigte sich damit, daß er früher besser deutsch habe sprechen können, daß er aber während der Kriegszeit außer Übung gekommen sei und hoffe, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und den übrigen Ländern sich wieder bald so ausgestalten möchten, daß er wieder geläufig deutsch sprechen könne. Seine Ausführungen wurden von Herrn Regierungsrat Rüttig übersezt. Thomas führte aus, daß das Internationale Arbeitsamt sein Bestehen dem Teil 13 des Friedensvertrages verdanke. Dies möge vor dieser Zuhörerschaft nicht als Empfehlung erscheinen. Immerhin sei aber das Verfahren, zu einem internationalen Arbeiterschutz zu gelangen, durch den Friedensvertrag vereinfacht worden. Der Redner würdigte ferner, was die Gewerkschaften vor dem Kriege geleistet haben. Vor dem Kriege war es in Frankreich nur Vaillant, der für internationalen Arbeiterschutz gekämpft habe. Während des Krieges sei aber in allen Ländern ziemlich zu gleicher Zeit die Bewegung dafür immer mehr erstarkt, die auf eine internationale Arbeitercharta hinzielen.

Thomas weist ferner noch auf die Konferenzen von Leeds (1916), Stockholm (1917) und Bern (1917) hin. Diese Konferenzen kamen zum gleichen Ergebnis, zur Forderung einer internationalen Arbeitercharta. Thomas hob dann hervor, daß die internationale Organisation für den Arbeiterschutz aus zwei Organisationen besteht, der Hauptversammlung und dem Internationalen Arbeitsamt. Die Hauptversammlung tritt zweimal im Jahre zusammen. Jeder Mitgliedsstaat entsendet außer den Regierungsvertretern je einen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese beiden Vertreter müssen aus den maßgebenden Berufsverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entnommen werden. Welche Organisationen dafür maßgebend sind, ist in einigen Ländern mitunter sehr schwierig zu bestimmen. Die Hauptversammlungen können Beschlüsse fassen von zweierlei Art: erstens Entwürfe zu einem Übereinkommen, zweitens Vorschläge. Die Übereinkommen werden bindend, wenn sie von den Staaten ratifiziert sind. Sie wirken dann wie früher die Staatsverträge. Die Vorschläge lassen den einzelnen Staaten Freiheit, ob sie den Vorschlägen nachkommen wollen. Als auf der Friedenskonferenz über den Teil 13 beraten wurde, haben die Arbeitervertreter in der Kommission vielfach beantragt, daß die Beschlüsse der Hauptversammlung gesetzgebende Kraft erhalten sollten. Dies ist aber nicht durchgedrungen, weil zu viele der Staaten Bedenken dagegen hatten. Die Beschlüsse der Hauptversammlung müssen innerhalb Jahresfrist den Parlamenten vorgelegt werden. Die Stellungnahme dazu steht den Parlamenten frei. Thomas wies dann noch darauf hin, daß er zum zweitenmal in Berlin sei, um die schnelle Vorlegung von Projekten des Arbeiterschutzes beim Reichstage zu bewirken. Er würde zu demselben Zweck nach Prag und Warschau fahren. Das Internationale Arbeitsamt besteht aus einer diplomatischen und einer wissenschaftlichen Abteilung. Die diplomatische Abteilung hat die Aufgabe, die Beziehungen zu den einzelnen Ländern zu pflegen und die Tagesordnung für die Hauptversammlungen vorzubereiten. In der wissenschaftlichen Abteilung geschieht die Sammlung des Materials aus den einzelnen Ländern über die Arbeitsverhältnisse und die Erteilung von Nachrichten, die Herausgabe von Veröffentlichungen usw. Es erscheinen ein wöchentliches amtliches Mitteilungsblatt, ferner nach Bedarf die „Studien und Dokumente“ über einzelne wichtige Tagesfragen, außerdem eine monatliche wissenschaftliche Zeitschrift, wahrscheinlich von jetzt an auch in deutscher Sprache. Außerdem besteht am Internationalen Arbeitsamt noch ein besonderes Kabinett des Direktors, dessen Personal damit beauftragt ist, die Beziehungen zu den Berufsverbänden der einzelnen Länder zu pflegen; daneben noch technische Dienste, die sich mit Spezialfragen zu befassen haben (Arbeitslosigkeit, Wanderungsfragen, Landwirtschaft, Studium des Bolschewismus usw.). Diesen Abteilungen stehen Spezialisten vor.

Nach der Konferenz in Genua habe das „Korrespondenzblatt“ des A. D. G.-B. sich dankend ausgesprochen für die verständnisvolle Leitung der Konferenz durch Direktor Thomas.

Thomas dankte bei dieser Gelegenheit der deutschen Delegation für die Art und Weise, wie sie die Führung der Geschäfte in Genua in die Hand genommen habe. Das Internationale Arbeitsamt sei zurzeit in voller Tätigkeit. Es habe die Beziehungen zu allen Ländern aufgenommen. Er müsse aber hervorheben, daß die Völker, die die deutsche Sprache gebrauchen oder als Hilfssprache verwenden, am fleißigsten die vom Internationalen Arbeitsamt ausgehenden Briefe beantworten. Von 25 Millionen organisierter Arbeiter, auf die sich das Internationale Arbeitsamt erstreckt, sind 10 Millionen in solchen Ländern, die die deutsche Sprache verwenden. Daher ist das Internationale Arbeitsamt zum großen Teil von der Mitwirkung dieser Länder abhängig. Sodann wandte Thomas sich gegen einen Vorwurf, der in dem „Arbeitgeber“, Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, erhoben worden ist. Dort wird auf die schwierige Lage Deutschlands hingewiesen, ferner darauf, daß von Deutschland auf Grund des Friedensvertrages außerordentliche Leistungen verlangt werden. Dies werde dadurch nur erschwert, wenn auf dem Wege der internationalen Organisation der Arbeit die Arbeit nach den Beschlüssen der Hauptversammlung geregelt und beschränkt werden solle. Dieser Vorwurf sei nicht gerechtfertigt. Bisher habe jeder Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes nicht schädigend, sondern fördernd auf die Arbeitsleistung gewirkt. Deutschland habe sich vor dem Kriege geschmeichelt, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes am weitesten vorgeschritten zu sein, und das habe auch seiner Arbeitsleistung keinen Abbruch getan. Redner appelliert an die deutsche Arbeiterschaft, die Richtigkeit dieses Satzes auch weiter zu beweisen.

Gesetzesbestimmungen haben gewiß ihren Wert, es ist aber der Geist, der sie lebendig machen muß. Er habe stets den größten Wert darauf gelegt, mit den Berufsverbänden in den einzelnen Ländern in Berührung zu kommen. Wenn die öffentliche Meinung das Internationale Arbeitsamt nicht unterstütze, bleibe die ganze internationale Arbeitergesetzgebung ein toter Buchstabe. In Frankreich sei auf dem Gewerkschaftskongreß zu Orleans die Vertrauensfrage für das Internationale Arbeitsamt gestellt worden. Mit überwältigender Mehrheit habe der Kongreß sich für weitere Mitarbeit ausgesprochen. Auch in anderen Ländern steigt das Vertrauen zum Internationalen Arbeitsamt, sogar in Japan. In Indien werden Arbeiterschutzmahnahmen nach den Beschlüssen des Arbeitsamtes eingeführt. Die englische Zeitung „Morning Post“ habe daraufhin sogar schon den Vorwurf erhoben, daß das Internationale Arbeitsamt auf die Revolution hinwirke.

Es folgte sodann eine Aussprache, an der sich die Genossen Anoll, Dreher und Dittmer beteiligten. Sie betrafen hauptsächlich Fragen der Arbeitslosigkeit, der Auswanderung usw. Ferner wurde auf die Härten des Friedensvertrages und auf die neuerdings auf Grund dieses Friedensvertrages noch erhobenen weiteren Forderungen hingewiesen. Direktor Thomas erwiderte darauf, daß diese Vorwürfe gegen den Friedensvertrag im wesentlichen dieselben seien, wie die, die ihm bei seinem Vortrag im Saargebiet mitgeteilt worden seien. Er betone, daß keine Bestimmung, die auf die Lebensbedingung der Arbeiter einwirkt, dem Internationalen Arbeitsamt fremd bleiben könne. Es werde jetzt eine Erhebung über die Lebenskosten vorgenommen, wobei Gelegenheit gegeben sei, für die deutschen Arbeiter das vorzubringen, was sie in dieser Beziehung auf dem Herzen haben.

Zum Schluß dankte Genosse Adolf Cohen dem Direktor Thomas für seine Ausführungen. Er hob dann weiter hervor, daß wir Deutschen uns zwar früher geschmeichelt haben, an der Spitze der Arbeiterschutzes zu stehen und uns noch weiter bemühen werden, dies zu tun, daß wir aber nichts dagegen haben, wenn wir darin von anderen Ländern überholt werden. Der Arbeiterschutz stehe und falle mit der Stärke der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter. In den Ländern, wo keine Gewerkschaftsbewegung sei, sei auch wenig Arbeiterschutz. Das könne er an einem Beispiel nachweisen, das ihm in der vorigen Woche widerfahren sei. Es seien Vertreter der japanischen Regierung zu ihm gekommen; man wolle dort jetzt mit Schnellzugsgeschwindigkeit Arbeiterschutz, Gewerkschaften usw. von der Regierung aus einführen, weil man den wirtschaftlichen Zusammenbruch befürchte, und durch solche Maßnahmen dazu beizutragen hoffe, den Zukunftsbruch zu verhüten. Die von Thomas gewünschte Mitarbeit sei selbstverständlich. Man müsse aber abwarten, in welchem Maße das Internationale Arbeitsamt verstehe, das Vertrauen der Gewerkschaften aller Länder zu erwerben. Voranschreitend zu geben sind wir ebenso wenig gewohnt, wie Voranschreitend zu vertrauen. Die Tätigkeit des Direktors Thomas vor dem Kriege gibt uns jedoch keine Veranlassung zu Mißtrauen. Wenn Thomas sich ganz seiner Tätigkeit widmet, werde er auch das Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft erlangen. Zum Schluß betonte Redner noch seine Genugtuung darüber, daß es Arbeiter-

fragen waren, die einem Mitgliede der französischen Nation Gelegenheit gaben, sich mit uns zusammenzusetzen. Er hoffe, daß nun auch bald auf anderen Gebieten Vertreter der französischen Nation zu uns kommen werden.

Die harrende Bibliothek.

(Aus meinem gewerkschaftlichen Tagebuch.)

... Und dann stellten sich heute fünf junge Leute mit fröhlichen Gesichtern als ausgelernte Kollegen vor und gaben beim Unterlassierer Friße Jüder ihre Beitrittserklärungen ab. Jungblut sind sie in ihren Massen alljährlich für den Organismus der Arbeiterverbände. Stille und doch heiße Hoffnungen auf reger Mitarbeit, auf Verständnis, Einleben und neues Schaffen für unsere Sache regen sich wohl bei manchem älteren Gewerkschaftsbarden für die kommenden Jahre jener „Jungorganisierten“. Auf ich da doch zu dieser Sache eines kleinen Erlebnis gedanken. Sonntag war's. Langsam und feierlich, wie eine Trauerparade, zog ein Demonstrationzug mit roten Fahnen und Protesttafeln durch die Boulevardstraße des Berliner Westens. Novemberregens peitschte zwischen Klassenbewußte Proletarier und gedankhafte Passanten, die molant in ihren Pelzen wippten. Dito auch ein alter Lebekerl, der angesichts der demonstrierenden Volksgenossen Lebekerl blieb, indem er sich frech mit einer „Ach... Sch!“ Miene durch die Gruppen schob und in einer Weinstube verschwand. Ganz vorn aber, in der Spitze, leuchtete ein massiges Banner durch das trübe Straßenbild, getragen von jungen Leuten, die „aber gut gekleidet waren“, wie eine Kolotte hinter mir erstau bemerke. Und auf dem roten Tuch stand in Goldbuchstaben saubergestickt: „Wissen ist Macht.“ — Die drei Worte gaben mir einen Stich ins Herz, diese alten, vielzitierten Kampf- und Lebensworte; denn urplötzlich dachte ich an unseren Zahlstellenbibliothekar und unsere jüngste Unterredung über die viel zu wenig beachteten Schätze unserer Verbandsbüchereien. Wissen ist Macht! Sicherlich, das Echo dieses alten Satzes schallt im Proletariat nicht ungehört. Zuweilen aber dünkt es mich, es ist bei manchem unmerklich verklungen; man hat sich an sein triumphalerendendes Gemahnen gewöhnt, quittiert es mit einem „Stimmt!“ und damit — auch Punktum. . . So drängt es dann oft, ihn erneut ins Land erschallen zu lassen, den Ruf: „Wissen ist Macht!“ Euch, Ihr jungen Verbandsgenossen, gilt der Bedarf besonders. Kriegseind mit seinen fürchterlichen Folgen hat Eure Körper geschwächt, hat Eure Seele verkümmern lassen. Man kann stundenlang über Eure Weltanschauung, Eure Daseinserfüllung, Eure Mission debattieren. „Demoralisierung der Jugend“ gelte es fast täglich in den Spalten bürgerlicher Blätter ohne Begründung der wahren Ursachen. Damit ist nichts getan. Nun — haben wir nicht auch in unserem Verbandsleben mannigfache Gelegenheiten zum Aufstieg, zum Training jugendlicher Spannkraft in jeglicher geistiger Beziehung? Jede Zahlstelle hat eine Bücherei mit heute fast unbezahlbaren Geisteschätzen internationaler Heroen.

Ihr braucht sie, liebe junge Freunde! Und der Winter mit seinen langen Abenden ist dazu willkommen. Zwacht ihm ein paar Lesestündchen allwöchentlich für Eure Weiterbildung, für Euer Fortkommen ab. Macht es Euch zur Regel, zwischen Minne, Dienst, Billardspiel und sonstigen kleinen Lebensfreuden ein gutes wertvolles Buch gelesen zu haben. Beginnt mit leichtem Tobad und hört auch auf den gut gemeinten Rat Eures erfahrenen Bibliothekars, der spezielle Wünsche immer gern berücksichtigt. Laßt Euch durch profanes, spöttelndes Geschwätz eines Kollegen (geistig flache Menschen gibt es überall) nicht entwandern! Erfrischt das dürstende Proletarierherz mit den Schatzquellen der Euch harrenden Zahlstellenbüchereien; denn — noch einmal erschalle das Wort:

„Wissen ist Macht!“

S. R.-m.

Aus unserem Berufe.

Berlin. Zum Streik der Schilderfabrikanten Groß-Berlins. Nachdem vom Verein Berliner Schilderfabrikanten E. B. an etliche Blätter („Volksanzeiger“, „Märkische Volkszeitung“ usw.) eingesandten Bericht über den „Streik der Schriftmaler in den Schilderfabriken“ erachten wir es als unerlässlich, folgende Aufklärung bezw. Richtigstellung der Öffentlichkeit zu unterbreiten:

Die Berliner Schilderfabrikanten haben bereits im Juni d. J. bei einer Zusammenkunft sämtlicher Schilderfabrikanten Deutschlands in Leipzig zum Zwecke eines allgemeinen Zusammenschlusses erklärt, daß die Löhne auf jeden Fall abgebaut werden müßten, und daß sie es im Hinblick auf den zu erwartenden Lohnkampf auf eine Machtprobe ankommen lassen würden.

Unsere Behauptung in den betreffenden Artikeln im „Vorwärts“ und der „Freiheit“, daß die Schilderfabrikanten „sich ver-

anlaßt gefühlt haben, die Löhne ganz empfindlich abzubauen", ist Wort für Wort richtig; oder ist Streichung der Zulagen (auch des Urlaubs mit Lohnvergütung), Klassifizierung der Löhne von einem Einheitslohn von 5,75 M. auf 3 Klassen (Klasse 1: 5,75, 2: 5,—, 3: 4,25 M. — letzte Stufe auch für gelernte Schildermaler) kein Lohnabbau? Von diesem Diktum, das den Malern von ihren Arbeitgebern am 15. Juli 1920, dem Ablaufstage des alten Tarifs, zur Unterschrift vorgelegt wurde, erwähnen die Herren in ihrem Bericht, der weiter nichts als eine glatte Verhrehung der Tatsachen ist, keine Silbe.

Eine Lohnerhöhung von 30 Proz. wurde vor dem Schlichtungsausschuß von uns erst gefordert, nachdem die Unternehmer unsere erste Forderung von 10 Proz. auf die bestehenden Löhne mit obenerwähntem Diktum (Lohnabbau!) beantwortet hatten. Auf die Forderung von 30 Proz. hin fällt eine Kammer des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin am 7. August 1920 einen Spruch, der uns 6,50 M. Stundenlohn ab 1. August 1920 zuerkannte, eine treffende Zurechtweisung bezüglich ihres Diktums erhielten die Unternehmer durch folgende Begründung des Schlichtungsausschusses zu obenerwähntem Spruch:

„Eine Lohnerhöhung erschien mit Rücksicht auf die Löhne gleichliegender Gewerbe und die im wesentlichen fortbestehende Teuerung der Lebenshaltung erforderlich, wenn auch nicht in der von den Arbeitnehmern geforderten Höhe.

Die Einführung von Lohnklassen nach den Fähigkeiten und Leistungen der Arbeitnehmer hat die Kammer, als nicht durchführbar und unter den heutigen Lebensverhältnissen nicht angemessen, einstimmig abgelehnt.

Eine Veränderung der übrigen Vertragsbestimmungen, abgesehen von den vereinbarten, erschien nicht billig.“

Diesen Spruch, der von dem paritätisch zusammengesetzten Schlichtungsausschuß einstimmig gefällt wurde, erkannten die Unternehmer nicht an; sie lehnten auch eine Einigung vor dem Demobilisierungskommissar, wo die Kommission der Schildermaler im Interesse der Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens auf 6,25 M. herabging, strikte ab. Diese Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar unter Vorsitz des Herrn Dr. Rudolph hat den Charakter der Unparteilichkeit nicht getragen. Gemunter Herr stellte sich sofort bei Beginn der Verhandlung auf die Seite der Unternehmer, indem er nicht den Spruch des Schlichtungsausschusses als Basis anlegte, sondern auf Grund des Angebots der Unternehmer (die Herren boten jetzt 6,— M.) eine Einigung herbeizuführen suchte. Eingehendste Beachtung seitens der Arbeiterschaft verdient nachstehende Begründung zur Ablehnung der Verbindlicherklärung des Schiedsspruches durch den Demobilisierungskommissar: „Nach der ständig von mir vertretenen Auffassung kann ein Schiedsspruch, durch den zwischen den Parteien eine tarifvertragliche Regelung festgesetzt wird, nur dann verbindlich erklärt werden, wenn einmal die in dem Schiedsspruch getroffene Regelung zweifellos der Billigkeit entspricht und wenn weiter eine solche Verbindlicherklärung für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens unerlässlich erscheint. Diese beiden Voraussetzungen sind jedoch in vorliegendem Falle nicht gegeben. Insbesondere kann auch nicht anerkannt werden, daß die Entlohnung der Arbeitnehmer, vor allem auch unter Hinzurechnung von den Arbeitgebern für den Fall einer Verständigung freiwillig in Aussicht gestellten Lohnerhöhung, eine so geringfügige ist, daß sich ein staatliches Eingreifen in die Arbeitsverhältnisse zwischen den Parteien, deren Regelung grundsätzlich einer freiwilligen Vereinbarung überlassen bleiben muß, rechtfertigen würde. Hiernach muß dem Schiedsspruch die Verbindlichkeit versagt werden. Ich gebe hierbei jedoch der Erwartung Ausdruck, daß es den Parteien gelingt, im Wege weiterer Verhandlungen die verhältnismäßig geringfügige noch zwischen ihnen bestehende Differenz auszugleichen. J. W.: (gez.) Unterschrift.“

Kommentar überflüssig! Zu bemerken ist nur, daß von einer freiwillig in Aussicht gestellten Lohnerhöhung keine Rede sein kann. Das Diktum zeichnet ja die Gesinnung der Herren scharf genug. Wir kämpfen um Anerkennung des Spruches des Schlichtungsausschusses vom 7. August 1920 und kümmern uns den Teufel um des Feilschens mit den Unternehmern (die Herren betrachten nämlich die Zugabe von 25 Pf. auf den alten Lohnsatz als „freiwillig in Aussicht gestellte Lohnerhöhung“). Was also der Schlichtungsausschuß in siebenstündiger bewegter Sitzung einstimmig beschließt, das erledigt eine staatliche Institution, die sich „Demobilisierungskommissar Groß-Berlin“ nennt, mit einem Federstrich.

Eine vom Demobilisierungskommissar einberufene zweite Verhandlung am 15. Oktober 1920 währte nur eine Stunde. Die Unternehmer boten jetzt 6,25 M., obwohl, wie bekannt geworden ist, sie von ihrer Organisation den Auftrag hatten, den Streik zu beenden, also den Schiedsspruch anzuerkennen. Die Schuld daran, daß eine Einigung nicht zustande gekommen ist, wälzt man auf

unsere Kommission ab. Unsere Kollegen verlangten nämlich zu Beginn der Verhandlung neben Anerkennung des Schiedsspruches Bezahlung der Streiktage. Nachdem der Verhandlungsleiter diese Frage zuletzt erledigt wissen wollte, wurde hiüber während der ganzen Verhandlung überhaupt nicht mehr gesprochen. Von der Kommission der Unternehmer wurde vielmehr ausdrücklich betont, daß man über 6,25 M. nicht hinausgehen könne. Jetzt verbreiten die Unternehmer die Mär, die Einigung scheiterte an unserer Forderung auf Bezahlung der Streiktage.

Wie oben: Kommentar überflüssig! Mache sich jeder Leser selbst seinen Vers dazu!

Es ist eine Unverschämtheit ohnegleichen, wenn der Verein Berliner Schilderfabrikanten der Öffentlichkeit gegenüber behauptet, die Organisation der Schriftmaler habe es vorgezogen, einen Machtkampf heraufzubeschwören und ihre Mitglieder in den Streik zu hegen. Es ist vielmehr richtig, daß die Schildermaler mit gewaltiger Stimmenmehrheit beschlossen haben, in den Abwehrstreik zu treten, um eine Provokation zurückzuweisen.

Der Verein Berliner Schilderfabrikanten hat in seinem Bericht die Öffentlichkeit ersucht, festzustellen, wer den Streik verschuldet hat.

Die Schildermaler Groß-Berlins geben es der organisierten Arbeiterschaft anheim, zu erkennen, wo wieder einmal der Hase im Pfeffer liegt.

Wir werden den Unternehmern die Antwort nicht schuldig bleiben.

Blechhammer bei Hüttensteinach. Im „Sonneberger Volksfreund“ befindet sich ein Bericht über eine Betriebsversammlung der Porzellanfabrik Bernhardschütte in Blechhammer, dem wir folgendes entnehmen: Zunächst wurde berichtet, daß die Direktion vom Gau-Schiedsgericht in Rudolstadt verpflichtet wurde, den strittigen Betrag, der ca. 50 000 M. ausmachen dürfte, nachzuzahlen. Auf Anfrage des Betriebsrates beim Direktor, wie er sich zu diesem Schiedsspruch stelle, soll dieser erklärt haben, daß er bis jetzt noch nichts in der Hand habe, und übrigens er noch keinen Kaffee getrunken hätte.

In der gleichen Versammlung wurde auch über die Verteilung der vom Kommunalverband der Porzellanfabrik Bernhardschütte überwiesenen Lebensmittel gesprochen. Es wurde festgestellt, daß Butter, Mehl, Graupen, Knochenbrühwürfel geliefert worden sind, und daß nur die Brenner bei Nachtschichten gekochte Graupen erhalten haben, während Butter und Mehl überhaupt nicht zur Verteilung gelangten. Der Betriebsrat, der in dieser Angelegenheit vorstellig wurde, erhielt vom Direktor die Antwort, daß er die Butter für sich verbraucht habe, während das Mehl, das er zurückgestellt, weil er nicht wußte, was er damit anfangen sollte, von den Mäusen gefressen und ungenießbar geworden sei.

In diesem Betriebe scheinen sich die Arbeiter einer ganz besonderen Wertschätzung von Seiten der Direktion zu erfreuen. Hoffentlich gelangen diese so schnell wie möglich zu dem ihnen rechtmäßig zustehenden Lohn, damit nicht noch erst weitere Schritte notwendig werden.

Breslau. Die Verwaltung der Zahlstelle Breslau nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem Abgang unseres Gauleiters Hirsch. Wir verlieren in ihm einen der tüchtigsten Verbandsangestellten, der während seiner achtjährigen Tätigkeit als Gauleiter stets mit ganzer Kraft für das Wohl der Allgemeinheit eingetreten ist. Der Gau Schlesien und Sachsen, den der Genosse bearbeitet hat, sind ihm zu großem Dank verpflichtet.

Die hiesige Verwaltung dankt dem Genossen beim Scheiden aus unserer Mitte besonders für die Mitarbeit und Unterstützung, die er uns in seiner langjährigen Tätigkeit zuteil werden ließ.

Wir wünschen dem Genossen Hirsch in seinem neuen Arbeitsfelde recht viel Glück und die besten Erfolge.

J. A.: Joh. Ertel.

Elberfeld. In den Emailierwerken von Peters, sowie Schulze & Wobrmann befinden sich die Maler wegen Lohn Differenzen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Fredrikstad (Norwegen). Wie von dort berichtet wird, stehen die Arbeiter in der Technischen Porzellanfabrik vor einem Konflikt. Näherer Bericht wird uns in Aussicht gestellt.

Streik in Limoges. Wie wir dem in Delft (Holland) erscheinenden Fachblatt „De Glas- en Hardewerker“, dem Organ der holländischen Glas- und Porzellanarbeiter, entnehmen, sind die Porzellanarbeiter in Limoges (Frankreich) am 13. Oktober in einen allgemeinen Streik getreten, an dem 8000 Mann beteiligt sind.

Aus Oberfranken. Zur Streiklage in der Porzellanindustrie schreibt uns die Hauptstreikleitung:

Die auf Einladung des Herrn Oberregierungsrat Meier von der Regierung Bayreuth am Freitag stattgefundenen Verhand-

lungen führten bis zum späten Abend zu keiner Einigung, da die Arbeitgeber an ihrem Verlangen festhalten, daß vor Beginn der Tarifverhandlungen die Arbeit wieder aufgenommen sein müßte. Am Samstag versuchte der Vertreter der Regierung, die Parteien auf einen Vermittlungsvorschlag zu einigen, daß zwar nicht der ganze Tarif, aber dessen wesentlichste Bestimmungen vor Arbeitsaufnahme verabschiedet würden, und daß dann unmittelbar nach Aufhebung des Streikes der Rest des Tarifes in ununterbrochener Folge zu verhandeln sei.

Wir haben unsererseits die für uns wesentlichsten Paragraphen des Tarifvertragsentwurfes den Arbeitgebern durch Vermittlung des Regierungsvertreters bekanntgegeben, mußten jedoch am Sonntagmittag feststellen, daß die Arbeitgeber lediglich die Erledigung der Vorfragen (Sicherungsklauseln) und des Gehaltsabkommens nach der Klassifizierung des alten Tarifes als Verhandlungsgegenstand während des Streikes zuzugestehen bereit waren. Dieser Standpunkt der Arbeitgeber mußte uns in der Gewißheit bestärken, daß der Abschluß eines formellen Tarifes möglichst lange hinausgezogen, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden sollte. Die Arbeitgeber sind damit zu ihrem schon vor Beginn des Streikes verfolgten Standpunkt zurückgekehrt. So bleibt nur zu konstatieren, daß auch die Vermittlungsaktion des Regierungsvertreters gescheitert sei.

Damit hat die Streiklage eine wesentliche Verschärfung erfahren. Die Absperrungsmaßnahmen werden nunmehr ohne jede Rücksichtnahme durchgeführt, außerdem wird die Streikzone zunächst durch Einbeziehung von Weiden (Obpf.) erweitert, und die Gefahr einer weiteren Ausdehnung ist nur noch eine Frage kurzer Zeit. Da am Samstag für die Arbeiter der streikenden Betriebe die Gehaltszahlung auf Grund der Lohnrechnung fällig ist, sind Komplikationen von dieser Seite mit Sicherheit zu erwarten; außerdem ist die Unmöglichkeit des Weiterarbeitens auch für die bisher noch im Betriebe befindlichen Abteilungen der bestreikten Werke in unmittelbare Nähe gerückt.

Die Angestelltenchaft sieht der weiteren Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen, da sie die bisher gewährte Disziplin und Besonnenheit auch weiterhin aufrechterhalten wird. Doch dürfte für die Arbeitgeberschaft die ganze Frage vielleicht Ende dieser Woche in das kritische Stadium treten.

Die von den Arbeitgebern vielleicht erhoffte Absplitterung einzelner Streikender ist, dank dem Vertrauen auf Gerechtigkeit ihrer Sache, nicht eingetreten und wird auch vor endgültiger Erledigung des Kampfes nicht in Frage kommen.

Weiteres Umsichgreifen des Streikes in der Porzellanindustrie Oberfrankens. Zu dem am 16. Oktober entstandenen Streik in der Porzellanindustrie Nordbayerns wird uns von der Hauptstreikleitung der Angestellten mitgeteilt, daß sich inzwischen nach dem vorher festgelegten Plane die Bewegung ausgedehnt hat. Am 19. Oktober waren bereits erfaßt die Orte Selb, Marktredwitz, Kronach, Rehau und Schönwald. Eine Verhandlungsbereitschaft des Arbeitgeberverbandes war bis 20. Oktober, nachmittags, noch nicht erklärt worden. Ein Regierungsvertreter hat sein vermittelndes Eingreifen in Aussicht gestellt. Die Angestelltenchaft der gesamten Porzellanindustrie steht in vorbildlicher Geschlossenheit hinter ihren Gewerkschaften.

Verkaufspreise für Porzellan. Ueber die Höhe der Verkaufspreise für Porzellanwaren in den Fabriken erfahren wir nur selten einmal einwandfreie Angaben. Aus der letzten Nummer der „Porz. u. Glashdlg.“ ist zu ersehen, daß ein Händler im Juni d. J. für 20 Dugend weiße Teller (tief) 1638 M., oder pro Dugend 81,90 M., oder pro Stück 6,82 1/2 M. bezahlen mußte. Dabei hat es sich nicht einmal um tadellose Ware, wie der Händler erwartete, sondern um fehlerhafte, mit braunen Punkten versehene, gehandelt. Wenn zu diesem Preis noch ein Händlergewinn von „nur“ 33 1/3 Proz., d. h. von 230 M. pro Stück hinzukommt, muß der Käufer für solchen Ausschuksteller genau 9,12 1/2 Mark, rund 9,20 M., bezahlen. Wir überlassen es unseren Kollegen, sich selbst auszurechnen, inwieweit die „kolossal“ hohen Arbeitslöhne — um im Jargon der Händlerpresse zu reden — an den hohen Verkaufspreisen ihren Ursprung finden.

Die Lage der Arbeitslosen in unserem Berufe hat sich weiter verschlechtert. Im Juli d. J. waren arbeitslos 571 männliche und 592 weibliche Personen, zusammen 1163 oder 2,7 v. H. Im August stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 1354 männliche und 1003 weibliche, zusammen 2357 oder 4,7 v. H. Daß außer den gewöhnlichen Mitgliedern noch ein erheblicher Teil Kurzarbeiter vorhanden ist, ist eine bekannte Tatsache, wenn auch zurzeit nicht feststellbar ist, wie groß deren Zahl ist.

Von seiten der Industrie wurde zur Lage im August berichtet:

Die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung der feinkeramischen Industrie sind durch den Abschluß des Abkommens von

Spaa, wie vorauszu sehen war, noch vergrößert worden, da feinkeramische Industrie auf den Bezug von Steinkohle notwendig angewiesen ist. Auch böhmische Braunkohle haben die einzelnen Werke nicht in ausreichendem Maße erhalten. Es ist ein sehr bedauerliches Verhängnis, daß Deutschland den Industrien, die in besonderer Weise in der Lage sind, durch die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse die Handelsbilanz günstig zu gestalten, nicht dazu helfen kann, die Betriebe auch nur annähernd voll auszunutzen. Von einem Lohnabbau hat die Industrie für den Monat November abgesehen. Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie hat das laufende Lohnabkommen mit den Arbeitnehmerverbänden bis zum 30. September verlängert. Die Preise von der feinkeramischen Industrie verwandten Rohstoffe sind Teil höher geworden, insbesondere ist der böhmische Neuteurer geworden. Unter Berücksichtigung der angeführten Ursachen: unzureichende Kohlenversorgung, gleichbleibende oder steigende Rohstoffpreise, ist es der feinkeramischen Industrie möglich gewesen, die Preise für ihre Erzeugnisse herabzusetzen. Der ausländische Absatz hat sich nach der Heraussetzung der Ausgabengebühren wieder ein wenig belebt, dagegen halten die inländischen Abnehmer mit ihren Käufen nach wie vor zurück, so daß zahlreiche Werke auf Lager arbeiten müssen.

Die Berichte der Arbeitsnachweise ergeben dasselbe Bild fast überall wird der Kohlenmangel und Absatzstörung als Ursache für die steigende Arbeitslosigkeit angegeben.

Die Mitgliederzahl unseres Verbandes betrug am Ende des Monats August 53 067. An einzelnen Orten sollen im Oktober noch Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes vorhanden sein, auf Grund der Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Verbandsleitungen vom August 1919 schon längst zum Uebertritt unseren Verband verpflichtet wären. So wurde uns in jüngsten Tagen erst berichtet, daß der größere Teil des Betriebspersonal in Moschendorf heute noch dem F.-A.-V. angehört. Natürlich sind es nicht Gründe prinzipieller Natur, sondern niedrigeren Beiträge, die jene veranlassen, ihre Beiträge an den Fabrikarbeiterverband zu entrichten, während der Porzellanarbeiterverband gut genug dazu ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch jener tariflich zu regeln. Wir meinen, daß die Zahlstellenverwaltung in Moschendorf etwas mehr dafür tun sollte, daß die Vereinbarung endlich auch einmal in Moschendorf erfüllt werde, müßte das schon längst geschehen sein. In den immer ernster werdenden Zeiten haben wir schon Grund genug, für eine möglichst einheitliche Front in unseren Reihen zu sorgen.

Vermischtes.

Der Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes ist den Interessentkreisen vor kurzem vom Reichsarbeitsministerium zugegangen. Wie ist die Bedeutung einer einheitlichen Regelung des Arbeitsnachweiswesens so wichtig gewesen wie heute, da das wirtschaftliche Leben niemals einen solchen Tiefstand aufgewiesen hat. Und das ist eine alte Erfahrung, daß der Arbeitsnachweis immer um so mehr in Anspruch genommen wird, je mehr das wirtschaftliche Leben daniederliegt. Aber die Statistik zeigt uns auch, wie diese Regelung in die weitesten Kreise des Proletariats hineingreifen wird. Denn gewaltig groß ist die Zahl der Proletarier, die ihre Arbeit durch den Arbeitsnachweis bekommen. Sie ist der Zeit des Bestehens des Arbeitsnachweises immerfort gestiegen. So wurden z. B. im Jahre 1913 nur etwas mehr als 2 Millionen Arbeitskräfte von den Arbeitsnachweisen vermittelt. Im Jahre 1919 dagegen waren es mehr als 5 1/2 Millionen Proletarier, die an einer Arbeitsstätte zugeführt wurden. Noch deutlicher zeigen andere Zahlen die Bedeutung des Arbeitsnachweiswesens. Im Jahre 1919 wurden nämlich im Jahre 1919 rund 80 Proz. der männlichen und gar mehr als 90 Proz. der weiblichen Arbeitskräfte von öffentlichen Arbeitsnachweisen vermittelt. Bei der Bedeutung, die das Arbeitsnachweiswesen nicht nur für die Volkswirtschaft, sondern auch im besonderen für das Proletariat hat, ist es dringend erforderlich, daß der neue Entwurf von proletarischer Seite einer gründlichen Prüfung unterzogen wird.

Das japanische Proletariat leidet zurzeit unter einer besonderen Arbeitslosigkeit. Der Industrie- und Handelszeitung zufolge sind zahlreiche und große Betriebe ganz oder teilweise geschlossen worden. Darunter leidet auch sehr die japanische Textilarbeiterin, da sehr viele Japanerinnen in den Seidenspinnereien und Webereien beschäftigt sind. Auf diese Weise stehen die arbeitenden Proletarier noch mehr wie bisher in der Macht der kapitalistischen Gebieter. Denn die proletarische Macht ist in Japan sehr gering, weil das Verständnis für den organisatorischen Zusammenschluß noch nicht geweckt ist. Auf der Tagung des „All-japanischen Arbeiterbundes“ waren durch 200 Delegierte z. B. nur 25 000 organisierte Arbeiter vertreten. Daß das proletarische Recht da

ist gering ist und die Aufforderung zum Streik z. B. durch eine teilweise Bestimmung verboten werden kann, leuchtet ein. Diese sollten das gesamte europäische Proletariat zu einem immer festeren wirtschaftlichen Zusammenschluß veranlassen.

Versamlungsberichte.

Berlin-Charlottenburg. Brennpunkt unserer Oktober-Zahl. Versammlung (19. 10.) war die Wahl des neuen Lokalbeamten. Kollege Welzel berichtete vor dem Wahlausschuss als Sprecher der Prüfungskommission über die Arbeiten derselben. Er machte bekannt, daß in den eingegangenen fünf Bewerbungsschreiben nach sehr sorgfältiger Prüfung drei Bewerber in engere Wahl gezogen wurden. Diese Kollegen — Graab, Rentsch, A. Schulze — stellten sich nach Welzels Ausführungen der Versammlung vor und gaben in ihrem Sinne programmatische Erklärungen über das Arbeitsfeld eines Geschäftsführers der hiesigen Zahlstelle ab. Durch Zettelwahl wurde Kollege Albert Schulze zum Lokalbeamten gewählt. Er dankte den Versammelten für das dargebrachte Vertrauen und gab die kurze Erklärung, daß er „alle Energie aufwenden werde, um ein geistliches Zusammenarbeiten mit den Mitgliedern zu ermöglichen“. — Unter „Verschiedenes“ forderte Kollege Storch für den nächsten Mitgliederabend unbedingt eine mündliche Berichterstattung über den Betriebskongreß und betonte die Wichtigkeit der Behandlung dieser wichtigen Arbeiterausfrage in jeder Beziehung. Seinen Worten stimmten die Mitglieder zu. Es wurde beschlossen, zur nächsten Versammlung einen Referenten und Korreferenten über den Kongreß zu ernennen. — Aus der Vorgeschichte des Streikes der Schilbermaler in Berlin (über den unsere Leser ja durch Notizen in der „Ameise“ unterrichtet sind) wußte Kollege Burmann recht bezeichnende Aussagen und Handlungen gewisser „Herren“ im Demobilisierungskommissariat mitzuteilen. Mit Empörung nahm die Kollegenschaft Kenntnis, wie man sich dort, abgesehen von juristischen Spitzfindigkeiten, seitlich auf die Seite der Unternehmer stellt und Arbeiterrechte mit Füßen tritt! Ebenso hart gefoltert zeigt sich im Lohnkampf das Unmenschentum der Schilberfabrikation. Der Vorsitzende versicherte den reisenden Kollegen die volle Sympathie aller Mitglieder. — Der angekündigte Vortrag des Genossen Wollmann über den Betriebskongreß konnte wegen Abreise des Referenten nach Selbst nicht stattfinden.

Dresden und Umgegend. Am Sonntag, den 24. Oktober fanden sich die Vertreter der Betriebsräte aus Freiberg, Müßchen, Borsdorf, Potschappel und Zwickau gemeinsam mit den Betriebsräten des Dresdener Bezirks zu einer Konferenz zusammen. Der Zweck der Zusammenkunft war die Entgegennahme des Berichts vom Betriebsrätekongreß.

Nach der Eröffnung der Konferenz durch den Kollegen Uhlmann wurde beschlossen, die Leitung derselben der Dresdener Vertretung zu überlassen. Zur Tagesordnung wurde gewünscht, in der Aussprache über unseren neuen Tarif einzutreten.

Genosse Griesbach, der nunmehr den Vorsitz übernommen hatte, sprach auf den Wert der Zusammenkunft hin und gab dann dem Kollegen Schäfer das Wort zu seiner Berichterstattung. Mit großem Interesse hatte dieser das umfangreiche Material, das dem Kongreß vorgelegen hatte, gesichtet, und brachte es nun in chronologischer Folge zur Gehör der Anwesenden.

In der Aussprache wurde durch den Kollegen Griesbach gewünscht, daß Kollege Schäfer in seinem Schlußwort seine persönliche Stellungnahme zu den einzelnen Punkten den Delegierten noch mitzuteilen möchte. Uhlmann ersuchte die Kollegen, bei der Diskussion nicht planlos die ganze den Kongreß beschäftigte Materie zu behandeln, sondern sich auf einzelne Punkte zu konzentrieren. Ihm schien am wichtigsten, sich mit den nächstliegenden Aufgaben der Betriebsräte zu befassen, diese bestehen nach ihm in der Durchsetzung derselben in den einzelnen Betrieben. Von den Kollegen Kröhne, Miertische und Vogel wurde das Verhältnis der Angestellten zu den Arbeitern behandelt. Die Kollegen waren sich darüber einig, daß ein Zusammenarbeiten mit den Angestellten notwendig sei, doch in der Praxis gehe sich sehr bald, daß dazu noch etwas mehr gehört, als der gute Wille der Arbeitervertreter. Kollege Hoffmann nahm die Angestelltenvertreter in Schutz und verlangte, daß unsere Vertreter mit diesen etwas Geduld haben müßten. Vom Kollegen Miertische wurde noch angeregt, daß die Gewerkschaften versuchen müßten, den Betriebsräten das Recht zu verschaffen, sich zur Durchsicht und Genehmigung der Betriebsbilanzen sachmännische Rechnungsprüfer zu stellen, denn in den meisten Fällen würden auch die kaufmännischen Angestellten nicht in der Lage sein, die vorgelegte Bilanz so zu zerlegen, wie es das Interesse der Sache erheische.

Aus der ganzen Aussprache ging hervor, daß wir es hier eben mit einer Erziehungsfrage zu tun haben. Wir müssen versuchen, unsere besten Kollegen in die Betriebsräte zu bringen und uns einen allzu öfteren Wechsel in den Personen vorzunehmen.

Aus dem Schlußwort des Kollegen Schäfer erfuhren wir noch, daß unsere Delegation erfreulicherweise bei den wichtigsten Abstimmungen geschlossen aufgetreten ist.

Genosse Griesbach dankte dem Referenten und betonte, daß die Aussprache wohl den Beweis erbracht hätte, daß eine solche Zusammenkunft nützlicher sei, als wenn der Delegierte die einzelnen Punkte mündlich mitteilt.

Nunmehr wurde von Uhlmann als Einleitung zur Diskussion über unseren neuen Tarif im Interesse der auswärtigen Delegierten ein Situationsbericht von den letzten Tarifverhandlungen verlangt. Auf die einzelnen Paragraphen näher einzugehen, gab er in seinen einstündigen Ausführungen ein Bild von dem Gingen, das in Dresden stattgefunden hatte. Am Schluß seiner Ausführungen wies er darauf hin, daß das Ergebnis der Dresdener Woche, wie es sich in den letzten und liegenden Monaten vollzogen hat, auf die Gestaltung unseres Arbeitsverhältnisses wirkt. Die angedeutete Diskussion, die hauptsächlich von den Dresdener Kollegen geführt wurde, deckte eine Reihe von Mängeln auf, die sich in den Tarif einschließen haben. Uhlmann ging auf den Sinn der

demängelten Paragraphen ein und betonte, daß unsere Aufgabe sein muß, die sich daraus für unsere Kollegen ergebenden Schwierigkeiten möglichst zu beseitigen. Die Kollegen von Zwickau ließen durch ihren Vertreter Beschwerde darüber führen, daß diese Stadt auch diesmal nicht nach Ortsklasse I veretzt wurde.

Nach siebenstündiger Tagung konnte Genosse Griesbach mit kurzen Schlußworten und dem Ersuchen, das Gehörte in den Zahlstellen zu verwerten, schließen.

Bezirk Gräfenenthal. Die am 24. Oktober in Wallendorf stattgefundene Betriebsrätekonzferenz des Bezirkes Gräfenenthal beschäftigte sich unter anderem auch mit dem neuen Tarif. Großes Mißfallen erregte das Lohnabkommen, und wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Betriebsräte des Bezirkes Gräfenenthal müssen das neue Lohnabkommen als eine Schmach und Herabsetzung der Arbeiter in der Luxusindustrie bezeichnen. Sie verkennen nicht, daß von Seiten des Arbeitnehmerverbandes alles getan wurde, um die voll und ganz gerechtfertigten Forderungen der Arbeiterchaft zu erreichen. Um so mehr müssen sie den Unternehmervertretern die Ungerechtigkeit ihres Handelns in diesem Punkte verwerfen. Sie erwarten und fordern ganz entschieden, daß die Arbeiter der Luxusindustrie bei Abschluß des nächsten Lohnabkommens den anderen Porzellanarbeitern gleichgestellt werden. Weiter kam die Bewegung der Angestellten in den bayerischen Betrieben zur Sprache. In unserem Bezirke wird es ja wohl nicht so weit kommen, daß sich die Angestellten ihre Forderungen mit den dort angewandten Mitteln erkämpfen. Es wird nebenbei allgemein anerkannt, daß die Angestellten im hiesigen Bezirke, mit ganz verschwindenden Ausnahmen, eine Politik treiben, die absolut nicht als arbeiterfreundlich bezeichnet werden kann. So mancher wünscht mit Sehnsucht die Zeiten herbei, wo es nach seinem Kopfe ging.“

Potschappel. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung fand am 9. Oktober im „Hirsch“ in Potschappel statt. Der Vorsitzende gedenkt zunächst unseres langjährigen Mitgliedes Oskar Rind, das nach langem Siechtum verstorben ist. Alle Anwesenden ehren sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Hierauf wurden die Arbeiten der letzten Lohnverhandlungen gestreift und sollen über strittige Punkte Erkundigungen eingeholt, bis dahin abwartende Stellung eingenommen werden. Nach längerer Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die gutbesuchte Zahlstellenversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem letzten, recht unzulänglichen Lohnverhandlungsergebnis. Mit aller Macht muß aber die gesamte Arbeitermasse, unter Führung des Gewerkschaftsbundes, Sturm laufen gegen die immer höher werdenden Warenpreise. Alle Organisationen müssen geschlossen, selbst unter Anwendung der äußersten Machtmittel, auf einen Warenpreisabbau hinarbeiten. Der Verbandsvorstand wird deshalb aufgefordert, beim Gewerkschaftsbund in diesem Sinne zu wirken.“

Sämtliche Zahlstellen werden aufgefordert, dieser wichtigen Forderung beizutreten.

Im gewerkschaftlichen Teile erstattete zunächst der Kassierer den Kassenbericht über das 3. Quartal. Für die Verbandskasse: Einnahme 7945,41 Mk., Ausgabe 7882,38 Mk., Bestand 63,03 Mk. Lokalfonds: Einnahme 1477,94 Mk., Ausgabe 770,95 Mk., Bestand 706,99 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des 3. Quartals 137 männliche und 53 weibliche, zusammen 190 Mitglieder. Bücher und Kasse wurden durch die Revisoren geprüft und in größter Ordnung gefunden. Zum Wiederaufbau des Leipziger Volkshauses sind 182,50 Mk. aufgebracht worden. An Stelle des durch Abmündung ausgeschiedenen Kollegen Lehmann wird Kollege Schmieder einstimmig als Revisor gewählt. Der letzte Punkt der Tagesordnung, „Verschiedenes“, gab so recht ein Stimmungsbild von der „Harmonie“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Von einem Handinhandarbeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter ist hier nichts zu spüren. Die vielen vorgetragenen Beschwerden gegen den Firmeninhaber, Herrn Emil Runksch, sind ein Beweis dafür, daß der Friede in Potschappel nicht gewahrt wird. Die Arbeiterschaft ist aber nicht länger gewillt, eine solche Handlungsweise über sich ergehen zu lassen, und wird man auch in Potschappel einsehen müssen, daß der Geschäftsanteil der Arbeiterschaft, die Arbeitskraft, nicht zu unterschätzen ist.

Wallhausen. Nachdem drei Monate keine Zahlstellenversammlung stattgefunden, fand eine solche wieder am 13. Oktober statt. Kassen- und Kartellbericht wurde ohne Erinnerung zur Kenntnis genommen. Die tägliche Arbeitszeit wird dahin geregelt, daß diese in die Zeit von 7 Uhr morgens bis 4¼ Uhr nachmittags fällt, unterbrochen durch eine ½stündige Mittagspause. Der Kollege Ernst (Ofenarbeiter) erhebt den Vorwurf, daß die Gießereikollegen alle An gelegenheiten selbstständig regeln, ohne die anderen zu fragen. Dem wird von Kollegen Becker entgegengetreten. Auch der Vorsitzende muß sich eine Rüge gefallen lassen, weil er nicht genügend für Ruhe und Ordnung sorgt. Das Verhalten der Magdeburger Kollegen gegen die 5 Syndikalisten (siehe Versamlungsbericht Magdeburg in Nr. 40 der „Ameise“ vom 10. Oktober d. J.) wird durch Annahme einer entsprechenden Resolution gemißbilligt.

(Anmerkung der Schriftleitung.) In Wallhausen scheint das Kritisieren, Rügenerteilen und Annehmen von Protestresolutionen der hauptsächlichste, wenn nicht der ausschließliche Beratungsstoff für die Zahlstellenversamlungen zu sein. Wenn monatlang nichts zu kritisieren ist, können auch keine Zahlstellenversamlungen stattfinden. Unsere Kollegen in Magdeburg werden den Protest von Wallhausen wahrscheinlich mit einem heiteren und einem nassen Auge zur Kenntnis nehmen und das glückliche Pölschen in Wallhausen beneiden, das schon über alle Räte unserer Zeit hinweg ist, so daß ihm nur noch übrig bleibt, „befruchtend“ und „erzieherisch“ auf die übrige Kollegenschaft einzuwirken.

Zwickau bei Bonn.

Auszahlung von Unterstützung und Spende in Kassenangelegenheiten jeden Dienstag ab 5¼ Uhr abends und jeden Samstag bis 2 Uhr nachmittags.

Der Kassierer: Heinrich Klein, Reichsstr. 12.

An die Zahlstellenverwaltungen!

Um unnötige Ausgaben für Straßporto zu vermeiden, bringen wir wieder einmal in Erinnerung, daß Briefe bis zu 20 Gramm Gewicht mit 40 Pf., über 20 bis 250 Gramm mit 60 Pf.-Briefmarken zu belegen sind. Postkarten kosten 30 Pf. Porto.

Drucksachen bis zu	50 Gramm	10 Pf.
" über	50—100	" 20 "
" "	100—250	" 40 "
" "	250—500	" 60 "
" "	500—1000	" 80 "

Außerdem machen wir aufmerksam, daß sich die Passierer bei Einreichung von Abschlüssen oder sonstiger Sendungen, ganz gleich, welcher Art, ob bedrucktes oder beschriebenes Papier, oder beides in Frage kommt, sich der Einrichtung des „Büchchen“-Sendens bedienen können. Solche Sendung kann in verschlossenem Kuvert erfolgen, muß aber ausdrücklich die Bezeichnung „Büchchen“ tragen und mit 1 Mark freigemacht sein. Bei allen Sendungen, die als Drucksachen nicht zugelassen, im Gewicht schwerer als 250 Gramm, aber nicht schwerer als 1000 Gramm sind, dürfte es sich empfehlen, diese als „Büchchen“ zu erheben. Das Verbandsbureau.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Amberg. Sonntag, den 7. November, vormittags 10 Uhr, Auf der Alm.

Karlsruhe. Sonnabend, 13. November, abends 8 Uhr, im Konsumsaal.

Blankenhain. Sonnabend, den 13. November, 8 Uhr, bei Klein.

Elmhorn. Sonnabend, den 13. November, abends 8 Uhr, bei Hinrichs, Peterstr. 11.

Mannheim-Räfertal. Sonnabend, den 13. November, abends 7 Uhr, im Restaurant „Reichskrone“, H 7, 24.

Spanbau. Montag, den 8. November, nachmittags 4 Uhr, bei Wind, Reichsbörsestr. 4.

Tiefenfurt. Sonnabend, 6. November, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Quittung.

Für unser krankes Mitglied Christian Renninger gingen folgende Beträge ein: Althausen 10,—; Annaburg 10,—; Anna 10,—; Blankenhain 10,—; Bräunendorf 15,—; Burgau 6,—; Coburg 20,—; Golditz 10,—; Greibitz (durch Anthor) 90,—; Eisenberg 20,—; Elmhorn 20,—; Elsterwerda 20,—; Farge 30,—; Flörsheim 5,—; Frankfurt a. O. 10,—; Freiberg 10,—; Grünhain 10,—; Hennigsdorf 15,—; Hermisdorf 20,—; Hirschau 10,—; Hüttengrund (durch Harbert) 35,—; Jecha 10,—; Kahla 10,—; Kloster Weiskopf 10,—; Königsee 20,—; Königszelt 10,—; Köpitz 10,—; Laasdorf 10,—; Lettin 5,—; Limbach 20,—; Mannheim 5,—; Margarethenhütte 20,—; Marktzeuthen 10,—; Marktreuth 20,—; Meuselwitz 10,—; München 20,—; Neubausleben 10,—; Rastau 10,—; Blau 10,—; Rottgasse 15,—; Rauenstein 10,—; Rößlau 10,—; Schanberg 30,—; Scheibe 15,—; Schlierbach 20,—; Schönwald 10,—; Selb 70,—; Sophienau 15,—; Sorau 10,—; Staffel 10,—; Teltow 20,—; Lettau 15,—; Tiefenfurt 20,—; Triptis 10,—; Bohnstrauch 10,—; Walderhof 10,—; Walldorf 10,—; Weiden 20,—; Weiskopf 20,—. Mf. Summa: 956,—. Mf. Den Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen. Für die Zahlstelle Köpitzdorf. J. A. R. Burkart.

Zahlstelle Gräfenenthal und Umgegend.

Am Sonnabend, den 6. November, abends 8 Uhr findet im Schichhaus zu Gräfenenthal

Stiftungsfeier, verbunden mit 25 jährigem Jubiläum der Zahlstelle Gräfenenthal statt.

Das Programm ist reichhaltig und künstlerisch zusammengestellt und verspricht eine imposante Feier.

Die Mitglieder und deren Angehörige von Gräfenenthal und Umgebung sind hierzu herzlich eingeladen. Die Verwaltung.

Unserem bisherigen äußerst tüchtigen Vorsitzenden Andreas Rörmann zum Abschied ein herzliches „Lebe wohl“ und beste Wünsche zum neuen Beruf. Zahlstelle Köpitz.

Esterbetafel.

Berlin-Charlottenburg. Paul Engelhardt, Former, geboren am 7. Juni 1875 in Berlin, gestorben am 23. Oktober an Herzschlag. Mitglied seit 1916.

Dresden. Eise Eide, Sickerin, geboren am 22. Dezember 1888 in Göttingen, gestorben am 3. Oktober an Augenkrankheit. Mitglied seit 1916.

— Gustav Eide, Formengießer, geboren am 26. Juli 1872 in Göttingen, gestorben am 11. Oktober an Augenkrankheit. Mitglied seit 1916.

— Hans Eide, Polychromer, geboren am 23. Januar 1872 in Göttingen, gestorben am 3. Oktober an Herzschlag. Mitglied seit 1916.

Mannheim. Rosa Eide, Bäckerin, geboren am 20. Juli 1876 in Göttingen, gestorben am 21. Oktober an Augenkrankheit. Mitglied seit 1916.

Frankfurt. Christian Engelhardt, Obermaler, geboren am 12. September 1866 in Langenau, gestorben am 16. Oktober an Herzschlag. Mitglied seit 1892.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Ein tüchtiger Zellerbrecher und ein perfekter Schlichter für Flachgeschirre sofort nach Rudolstadt gesucht. Offerten an die Redaktion der „Ameise“ unter G. A.

Unterglasurmaler, perfekt in Freihandmalerei, Delftblau, Eblonieren und Schablonenschnitten, sucht Stellung. Suchender auch vollauf befähigt, eine Unterglasurmalerie neu einzurichten. Selbst ist auch gewillt, event. Stellung als Aufglasurmaler anzunehmen. Eintritt sofort.

Offerten unter N. M. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Gesucht

ein erster Stanger, der befähigt ist, Matrizen selbständig einzupassen und in allen Zweigen der Stangerie bewandert sein muß. Bei friedensstellenden Leistungen Aussicht auf Anstellung als

Stangmeister.

Angebote erbeten an

Porzellanfabrik Schwarz, Spanbau, Reichsbörsestr. 59/60.

Schneidmaler auf Apothekengefäße und Schieber jeder Art (g. Zeichner), auch etwas in Dekor und Stahlplattenätzen bewandert, wünscht Dauerstellung im In- oder Ausland. Solche, wo Suchender auch auf Glaschamber sich einarbeiten kann, bevorzugt. Stangen Diensten. Angeb. u. „A. R.“ an die „Ameise“ erbeten.

Bauer und Maler für Gipsfiguren auf sofort gesucht.

H. Carl, Figurenfabrik, Cassel.

Gewandter, zuverlässiger Bader für sofort gesucht. Porzellan-Manufaktur „Union“, Edmund Quist, Meindemach, S.

Tüchtiger Figurenmaler für sofort gesucht.

Tonini & Tabeni, Breslau, Berlinerstr. 1.

Tüchtiger lediger Plattenstecher, der auch im Mändel von Hotelgeschirren perfekt ist, per sofort gesucht.

Fritz Benninger, Mannheim.

Formengießer, unverheiratet, 20—25 Jahre alt, aus anständiger Familie, kann in ein kleines Industrieunternehmen einheiraten. Bevorzugt werden Bewerber aus Thüringen und vom Lande. Angebote sind zu richten an

Albert Eichhorn, Hönbach b. Sonneberg (Thüringen).

Tüchtiger Isolator- und Freidreher für Hochglanzporzellan wird gesucht von Porzellanfabrik Norden A. Kopenhagen. Ledige Leute bevorzugt. Offerten mit Zeugnisabschriften an obengenannte Adresse erbeten.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Zappen — Nische — Winkel — Flaschen — Matrizenstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Zappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden in Ruhe bleiben.

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied u. alle goldhaltigen Sachen. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

— Glanz- und Poliergold —

kauft laufend, auch kleinstes Quantum.

— Selbstverbraucher. —

— Reelle Bedienung. —

Max Klingler, Porzellanmaler, Münster i. Westf.

Goldschmied, Goldplatten, Goldflaschen und alle in der Goldschmied vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen. Schneller und reeller Bedienung Max Kottmann, Stadtilm i. Th.

— Bremer Qualitäts-Zigarren —

von hervorragender Güte, weiß brennend, inkl. Rabatt à Stück 75, 80, 90 und 115 Pf. Versand von 50 Stück ab in Originalpackung.

— Nordh. Pantoffel, gute, saftige Ware. — 10 R. oder 20 R. 16 Rf.

Universal-Versand Hermanns (S.-A.).

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Güttinger — Segeltuchoberteil, Ledersohle u. Zwickau. — Nicht vorteilhaft kann Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. b. Straße u. Haus. In Schuhe. Samtl. Lederwaren in guter Qualität, billig. Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammlungssträngen entspr. Rabatt.

H. Meyer, Schuhversand u. Pantoffelfabrik, Weiskopf (D.-A.).

Vertrag u. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: F. H. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von Otto Gierke, Charlottenburg, Wallstr. 22.